



## **Schriftliche Anfrage**

des Abgeordneten **Andreas Jurca AfD**  
vom 23.02.2026

### **Hausdurchsuchungen bei Politikern in Bayern seit 2013**

Seit 2013 hat es in Bayern eine Zunahme von Hausdurchsuchungen bei Politikern gegeben, insbesondere im Kontext von Hasskriminalität, Beleidigungsdelikten und politisch motivierten Straftaten. Detaillierte Auskunft einschließlich einer tabellarischen Übersicht nach Parteien und Straftatarten, Gesamtkosten, Einsatzkräften sowie Auswirkungen auf die politische Landschaft ist erforderlich, um Transparenz zu schaffen und eine faire Strafverfolgung zu gewährleisten.

Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Gesamtzahl und Verteilung der Hausdurchsuchungen seit 2013 ..... 4
  - 1.1 Wie viele Hausdurchsuchungen bei Politikern (einschließlich Abgeordneter, Mandatsträger und Parteifunktionäre) wurden in Bayern seit 2013 durchgeführt (bitte auf jährliche Verteilung eingehen)? ..... 4
  - 1.2 Gibt es eine Unterscheidung zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mandatsträgern? ..... 4
  - 1.3 Inwiefern haben sich die Durchsuchungszahlen im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt (bitte ggf. Ursache nennen)? ..... 4
2. Durchsuchungen nach Parteizugehörigkeit – Übersicht und Sortierung ..... 4
  - 2.1 Welche Parteien waren seit 2013 von Hausdurchsuchungen bei ihren Mitgliedern betroffen (bitte als tabellarische Übersicht, sortiert nach Anzahl der Durchsuchungen absteigend, bereitstellen, inklusive Gesamtzahl pro Partei und Regierungsbezirk)? ..... 4
  - 2.2 Wie rechtfertigt die Staatsregierung im Hinblick auf den Grundsatz der politischen Neutralität der Justiz eine ggf. Über- oder Unterrepräsentation bestimmter Parteien? ..... 4
  - 2.3 Basierend auf welchen Datenquellen (z. B. Polizeiliche Kriminalstatistik, Staatsministerium der Justiz) wird die Übersicht erstellt (bitte auf ggf. bestehende Pläne eingehen, solche Statistiken jährlich zu veröffentlichen)? ..... 4
3. Art der Straftaten und Häufigkeit ..... 4

---

3.1	Welche Arten von Straftaten führten seit 2013 zu Hausdurchsuchungen bei Politikern (bitte auch auf Anzahl der Fälle pro Straftatart eingehen)? .....	4
3.2	Wie oft traten onlinebezogene Delikte als Anlass auf (bitte ggf. auf eine bestehende Korrelation dieser mit der Parteizugehörigkeit der Betroffenen eingehen)? .....	4
3.3	Inwiefern wird die Verhältnismäßigkeit der Durchsuchungen bei „leichteren“ Straftaten wie Beleidigung (§ 185 Strafgesetzbuch – StGB) geprüft im Vergleich zu schweren Delikten wie Korruption? .....	5
4.	Kosten der Durchsuchungen .....	5
4.1	Welche Gesamtkosten entstanden seit 2013 für Hausdurchsuchungen bei Politikern (einschließlich Personalkosten, Material und Folgekosten, bitte auch auf Verteilung dieser nach Parteien und Straftatarten eingehen)? .....	5
4.2	Wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten pro Durchsuchung (z. B. für Geräte, Transport, Gutachten) und welche Budgetstellen (z. B. Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Staatsministerium der Justiz) trugen diese? .....	5
4.3	Hat die Staatsregierung Maßnahmen ergriffen, um Kosten zu minimieren? .....	5
5.	Einsatzkräfte und Ressourcenverbrauch .....	5
5.1	Wie viele Einsatzkräfte waren insgesamt, auf die einzelnen Fälle verteilt, seit 2013 bei Hausdurchsuchungen bei Politikern im Einsatz? .....	5
5.2	Welche Spezialkräfte (z. B. Mobiles Einsatzkommando, Cybercrime-Einheiten) wurden eingesetzt, insbesondere bei Onlinedelikten? .....	5
5.3	Inwiefern beeinträchtigen diese Einsätze die Verfügbarkeit von Polizeikräften für andere Aufgaben, gibt es eine Kosten-Nutzen-Analyse? .....	6
6.	Auswirkungen auf Betroffene und Verfahren .....	6
6.1	Wie viele der Durchsuchungen seit 2013 führten zu Anklagen, Verurteilungen oder Einstellungen, unterteilt nach Parteien und Straftatarten? .....	6
6.2	Wie viele Schadensersatzansprüche wurden geltend gemacht? .....	6
6.3	Inwiefern werden die Rechte der Betroffenen (z. B. Anwaltpflicht, Datenschutz) während der Durchsuchungen gewahrt? .....	6
7.	Präventive Maßnahmen und Justizreformen .....	6
7.1	Welche präventiven Maßnahmen hat die Staatsregierung seit 2013 umgesetzt, um Durchsuchungen zu vermeiden? .....	6

---

7.2	Wie bewertet die Staatsregierung die Verhältnismäßigkeit von Durchsuchungen bei politischen Äußerungen, insbesondere im Kontext der Meinungsfreiheit (Art. 5 Grundgesetz)? .....	7
7.3	Plant die Staatsregierung Reformen der Strafprozessordnung oder des Polizeiaufgabengesetzes, um Durchsuchungen bei Politikern zu regulieren, z. B. durch höhere Hürden bei Beleidigungsdelikten? .....	7
8.	Öffentliche Transparenz und parlamentarische Kontrolle .....	7
8.1	Welche Rolle spielt die Medienberichterstattung bei der Initiierung von Durchsuchungen, um die Staatsregierung vor politischer Instrumentalisierung zu schützen? .....	7
8.2	Gibt es Pläne für eine zentrale, öffentliche Datenbank zu Durchsuchungen bei Politikern, inklusive Kosten, Einsatzkräften und Partei- statistiken? .....	7
8.3	Welche alternativen Vorschläge zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle über Justiz und Polizei hat die Staatsregierung? .....	7
	Hinweise des Landtagsamts .....	8

# Antwort

**des Staatsministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration**

vom 22.05.2026

1. **Gesamtzahl und Verteilung der Hausdurchsuchungen seit 2013**
  - 1.1 **Wie viele Hausdurchsuchungen bei Politikern (einschließlich Abgeordneter, Mandatsträger und Parteifunktionäre) wurden in Bayern seit 2013 durchgeführt (bitte auf jährliche Verteilung eingehen)?**
  - 1.2 **Gibt es eine Unterscheidung zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mandatsträgern?**
  - 1.3 **Inwiefern haben sich die Durchsuchungszahlen im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt (bitte ggf. Ursache nennen)?**
2. **Durchsuchungen nach Parteizugehörigkeit – Übersicht und Sortierung**
  - 2.1 **Welche Parteien waren seit 2013 von Hausdurchsuchungen bei ihren Mitgliedern betroffen (bitte als tabellarische Übersicht, sortiert nach Anzahl der Durchsuchungen absteigend, bereitstellen, inklusive Gesamtzahl pro Partei und Regierungsbezirk)?**
  - 2.2 **Wie rechtfertigt die Staatsregierung im Hinblick auf den Grundsatz der politischen Neutralität der Justiz eine ggf. Über- oder Unterrepräsentation bestimmter Parteien?**
  - 2.3 **Basierend auf welchen Datenquellen (z. B. Polizeiliche Kriminalstatistik, Staatsministerium der Justiz) wird die Übersicht erstellt (bitte auf ggf. bestehende Pläne eingehen, solche Statistiken jährlich zu veröffentlichen)?**
3. **Art der Straftaten und Häufigkeit**
  - 3.1 **Welche Arten von Straftaten führten seit 2013 zu Hausdurchsuchungen bei Politikern (bitte auch auf Anzahl der Fälle pro Straftatart eingehen)?**
  - 3.2 **Wie oft traten onlinebezogene Delikte als Anlass auf (bitte ggf. auf eine bestehende Korrelation dieser mit der Parteizugehörigkeit der Betroffenen eingehen)?**

Fragen 1.1 bis 3.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet.

Auf die Antwort zu Fragen 1.1 bis 4.3 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD) vom 03.06.2024 „Hausdurchsuchungen aufgrund Meinungsdelikten und politischer Natur“ (Drs. 19/6093) wird verwiesen.

**3.3 Inwiefern wird die Verhältnismäßigkeit der Durchsuchungen bei „leichteren“ Straftaten wie Beleidigung (§ 185 Strafgesetzbuch – StGB) geprüft im Vergleich zu schweren Delikten wie Korruption?**

Auf die Antwort zu Frage 7.3 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Rene Dierkes (AfD) vom 25.07.2025 „Hausdurchsuchungen in Bayern seit 2015: Umfang, Rechtmäßigkeit und Folgen“ (Drs. 19/7916) sowie auf die Antwort zu Fragen 3.1 und 3.2 zur Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD) vom 08.04.2025 „Hausdurchsuchungen aufgrund Meinungsdelikten und politischer Natur II“ (Drs. 19/7847) wird verwiesen. Ergänzend ist anzumerken, dass bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit einer Durchsuchungsmaßnahme auch die Schwere des verfahrensgegenständlichen Tatvorwurfs ins Gewicht fällt.

**4. Kosten der Durchsuchungen**

**4.1 Welche Gesamtkosten entstanden seit 2013 für Hausdurchsuchungen bei Politikern (einschließlich Personalkosten, Material und Folgekosten, bitte auch auf Verteilung dieser nach Parteien und Straftatarten eingehen)?**

**4.2 Wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten pro Durchsuchung (z. B. für Geräte, Transport, Gutachten) und welche Budgetstellen (z. B. Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Staatsministerium der Justiz) trugen diese?**

**4.3 Hat die Staatsregierung Maßnahmen ergriffen, um Kosten zu minimieren?**

Fragen 4.1 bis 4.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet.

Auf die Antwort zu Frage 6.1 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Rene Dierkes (AfD) vom 25.07.2025 „Hausdurchsuchungen in Bayern seit 2015: Umfang, Rechtmäßigkeit und Folgen“ (Drs. 19/7916) wird verwiesen.

**5. Einsatzkräfte und Ressourcenverbrauch**

**5.1 Wie viele Einsatzkräfte waren insgesamt, auf die einzelnen Fälle verteilt, seit 2013 bei Hausdurchsuchungen bei Politikern im Einsatz?**

**5.2 Welche Spezialkräfte (z. B. Mobiles Einsatzkommando, Cybercrime-Einheiten) wurden eingesetzt, insbesondere bei Onlinedelikten?**

Fragen 5.1 und 5.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet.

Auf die Antwort zu Frage 2.1 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD) vom 05.07.2025 „Äußerungsdelikte in Bayern – Aufwand für die bayerische Justiz und Rolle sogenannter Meldestellen“ (Drs. 19/7914) wird Bezug genommen.

**5.3 Inwiefern beeinträchtigen diese Einsätze die Verfügbarkeit von Polizeikräften für andere Aufgaben, gibt es eine Kosten-Nutzen-Analyse?**

Die Bayerische Polizei ist personell grundsätzlich ausreichend ausgestattet und somit in der Lage, die sich stellenden Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen.

Darüber hinaus ist es Führungsaufgabe der Polizeipräsidien, permanent die Entwicklungen in ihren Bereichen zu beobachten und darauf belastungs- und kräfteorientiert zu reagieren. Aufgrund dieser kontinuierlichen Beobachtung der Entwicklungen und der daraus resultierenden Maßnahmen wird sichergestellt, dass es der Bayerischen Polizei möglich ist, sich ständig durch kurz-, mittel- und langfristige organisatorische und personelle Maßnahmen neuen Gegebenheiten, Anforderungen, Bedürfnissen oder Kriminalitätsphänomenen anzupassen.

**6. Auswirkungen auf Betroffene und Verfahren**

**6.1 Wie viele der Durchsuchungen seit 2013 führten zu Anklagen, Verurteilungen oder Einstellungen, unterteilt nach Parteien und Straftatarten?**

**6.2 Wie viele Schadensersatzansprüche wurden geltend gemacht?**

Fragen 6.1 und 6.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet.

Auf die Antwort zu Fragen 1.1 bis 3.2 wird Bezug genommen.

**6.3 Inwiefern werden die Rechte der Betroffenen (z.B. Anwaltspflicht, Datenschutz) während der Durchsuchungen gewahrt?**

Die bayerischen Strafverfolgungsbehörden vollziehen strafprozessuale Maßnahmen auf Grundlage vorliegender gesetzlicher Ermächtigungen und unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben. Dazu gehört auch die Beachtung der Rechte der von einer Maßnahme betroffenen Personen.

**7. Präventive Maßnahmen und Justizreformen**

**7.1 Welche präventiven Maßnahmen hat die Staatsregierung seit 2013 umgesetzt, um Durchsuchungen zu vermeiden?**

Auf die Antwort zu Fragen 1.1 bis 3.2 wird Bezug genommen.

## **7.2 Wie bewertet die Staatsregierung die Verhältnismäßigkeit von Durchsuchungen bei politischen Äußerungen, insbesondere im Kontext der Meinungsfreiheit (Art. 5 Grundgesetz)?**

Auf die Antwort zu Fragen 1.1 bis 2.2 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD) vom 26.11.2024 betreffend „Mögliche Willkür und Unverhältnismäßigkeit am Amtsgericht Bamberg“ (Drs. 19/4885) wird verwiesen.

## **7.3 Plant die Staatsregierung Reformen der Strafprozessordnung oder des Polizeiaufgabengesetzes, um Durchsuchungen bei Politikern zu regulieren, z. B. durch höhere Hürden bei Beleidigungsdelikten?**

Soweit sich die Frage auf die Strafprozessordnung (StPO) bezieht, wird auf die Antwort zu Frage 7.3 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD) vom 08.04.2025 „Hausdurchsuchungen aufgrund Meinungsdelikten und politischer Natur II“ (Drs. 19/7847) verwiesen.

Ebenso wenig ist eine entsprechend beabsichtigte Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) in Bezug auf Durchsuchungen bei Politikern geplant.

## **8. Öffentliche Transparenz und parlamentarische Kontrolle**

### **8.1 Welche Rolle spielt die Medienberichterstattung bei der Initiierung von Durchsuchungen, um die Staatsregierung vor politischer Instrumentalisierung zu schützen?**

Auf die Antwort zu Frage 5.2 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD) vom 08.04.2025 „Hausdurchsuchungen aufgrund Meinungsdelikten und politischer Natur II“ (Drs. 19/7847) wird verwiesen.

### **8.2 Gibt es Pläne für eine zentrale, öffentliche Datenbank zu Durchsuchungen bei Politikern, inklusive Kosten, Einsatzkräften und Parteistatistiken?**

Auf die Antwort zu Frage 8.2 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Markus Walbrunn (AfD) vom 11.06.2024 „Meinungsdelikte in Bayern seit 2019“ (Drs. 19/2976) wird verwiesen.

### **8.3 Welche alternativen Vorschläge zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle über Justiz und Polizei hat die Staatsregierung?**

Dem Parlament kommt die Kontrolle der Exekutive zu, wobei die Kontrollfunktion des Parlaments als grundlegendes Prinzip des parlamentarischen Regierungssystems und der Gewaltenteilung aus Art. 13 Abs. 2 und Art. 16a Abs. 1 und 2 Satz 1 Bayerische Verfassung (BV) erwächst.

Die Judikative ist nach Art. 85 BV und Art. 97 Abs. 1 Grundgesetz nur dem Gesetz unterworfen und damit gemäß verfassungsrechtlicher Vorgabe von den anderen beiden Staatsgewalten (und damit auch vom Parlament) unabhängig.

**Hinweise des Landtagsamts**

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter [www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente](http://www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente) abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter [www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen](http://www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen) zur Verfügung.